

IHRE FRAGE ZUM KLIMA

Das Thema Klimaschutz betrifft uns alle. Uns steht ein großer Umbruch bevor. Natürlich gibt es Beharrungskräfte, Widerstände und vor allem viele, viele Fragen: Ist es wirklich nötig, dass wir unsere Lebensweise verändern?

Das Thema hat unzählige Facetten, angefangen bei der konkreten Stromrechnung, mit der jeder Mensch in Deutschland den Ausbau der erneuerbaren Energien via EEG-Umlage mitfinanziert. Wie funktioniert der Handel mit Emissionszertifikaten? Dürfen wir kein Fleisch mehr essen? Kaufe ich mir jetzt einen Stromer, oder warte ich noch? Die Unsicherheit ist groß.

Welche Fragen treiben Sie in diesem Zusammenhang um? Stellen Sie uns diese Fragen! Lesen Sie dazu auch frblog.de/klimastreik-2 Ihr Bronski



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Beschlüsse sind Irrweg

Zu: „Geld für E-Autos“, FR-Wirtschaft vom 6. November

Warum wird nicht in ähnlichem Umfang in die Brennstoffzelle mit ihren erheblichen Vorteilen (Lagerhaltung, Erzeugung mit überschüssigem Strom, kurze Tankzeiten) investiert? Laut Professor Harald Lesch müssen bei einer Million Elektrofahrzeugen, die abends gleichzeitig an das Stromnetz angeschlossen werden, 350 Gigawatt Strom zur Verfügung gestellt werden. Die aktuelle Bereitstellung besteht aus 68,5 Gigawatt. Welche Lobby hat solchen Einfluss auf die Bundesregierung, dass eine solch einseitige Bevorzugung möglich ist? Für mich sind die Beschlüsse dieser Woche ein Irrweg. Das ist noch ein harmloser Ausdruck.

Dieter Merz, Annerod

Diskussion: frblog.de/subvention

Gängiges Schimpfwort

Wittenberg: „Streit über antisemitisches Relief“, FR-Politik vom 30.10.

Dass in Wittenberg das jüdische Menschen zutiefst beleidigende und verhöhnende „Judensau“-Relief per Gerichtsurteil bleiben darf, ist ein Skandal. Doch nicht nur dort, sondern in rund 30 Kirchen in Deutschland gibt es trotz vieler Proteste solche Darstellungen. Derartige in Stein gehauene Zeugnisse des Judenhasses gehören jedoch nicht in den öffentlichen Raum, sondern in Museen des Antisemitismus.

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff „Judensau“ und deren Verbildlichung gehört in die politische Öffentlichkeit, zumal „Judensau“ auch heute noch als Schimpfwort verbreitet ist.

Christine Müller, Frankfurt

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert ein Gespräch über „Visiting the past: Von New York nach Fessenheim“. Der Film zeigt, wie Joan Salomon den Herkunftsort ihrer jüdischen Familie besucht. Darüber diskutieren nach der Vorführung Barbara Trottnow (Produzentin) und Marc Grünbaum (Jüdische Gemeinde Frankfurt).
Montag, 18. November, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Genuss mit Nebenwirkungen - Wie kaufe ich fair ein?“ Mit Sara Nuru (nuru-coffee), Dirk Heim (Rewe), Franziska Humbert (Oxfam) und Maike Möllers (GIZ).
Dienstag, 19. November, 18.30 Uhr
Museum für Kommunikation Schaumainkai 53, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet Ihrer Gesundheit“, das auf seinen FR-Kolumnen beruht.
Donnerstag, 21. November, 20 Uhr
Buchladen Land in Sicht, Rotteckstr. 13, Frankfurt

Bascha Mika wird im Deutschlandfunk Kultur zu den Themen des Tages zu hören sein.
Freitag, 22. November, 12 Uhr
Deutschlandfunk Kultur

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion.
Montag, 25. 11, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt.

Peter Hanack moderiert die Preisverleihung an die Science-Tours im Regionalpark Rhein-Main durch die UN-Dekade Biologische Vielfalt.
Freitag, 29. November, 10 Uhr
Regionalparkportal Weilbacher Kiesgruben, Frankfurter Straße 76, Flörsheim

„Verantwortung“ als Synonym für Aggression

Zu: „Ministerin will mehr Bundeswehreinheiten“ und „Die BRD ist nicht das NS-deutsche Reich“, FR-Politik vom 8. und 9.11.

Imperiale Fantasien und Ansprüche von damals

Die CDU-Vorsitzende und Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer fordert mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr, denn Deutschland habe erkannt, „dass wir mehr Verantwortung übernehmen müssen“. Die gesamte Bevölkerung für diese Forderung in Haftung zu nehmen, hat ungefähr den gleichen Wahrheitsgehalt wie die Behauptung von Merkel, dass es Deutschland gut gehe. Beides ist grober Unfug, denn es gibt in diesem Land keine Mehrheiten für mehr Auslandseinsätze, und Merkel vergisst etwa 20 bis 30 Millionen, denen es nicht einfach gut geht. Kramp-Karrenbauer möchte weiter „das Spektrum militärischer Mittel wenn nötig ausschöpfen“ und denkt dabei an eine Bundeswehrpräsenz „im indopazifischen Raum“, also Australien, Japan, Südkorea und Indien, denn diese „fühlen sich von Chinas Machtanspruch zunehmend bedrängt“ und bräuchten deutsche Solidarität. „Verantwortung“ wohl als Synonym für politische und militärische Aggression.

50 Jahre zurück. Der letzte Satz des damaligen SPD-Bundeskanzlers Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 28.10.1969 lautete: „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden im Inneren und nach außen.“ Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien - Abgeordneter Barzel: „Das ist ein starkes Stück, Herr Bundeskanzler! Ein starkes Stück! Unglaublich! Unerhört!“ Rainer Barzel war damals CDU-Fraktionsvorsitzender und ab 1971 CDU-Bundesvorsitzender. Ein friedlicher Umgang mit anderen Ländern war für ihn also unerhört. Kramp-Karrenbauer formuliert es anders, meint aber dasselbe. Ursula von der Leyen (CDU), ihre Vorgängerin, fordert in einer Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, dass Europa energischer in der Welt auftreten und auch die Sprache der Macht lernen müsse (Spiegel Online am 8.11.2019). Man hört immer wieder, dass die CDU unter Merkel irgendwie



Öffentliches Gelöbnis vor dem Reichstagsgebäude.

DPA

nach links gerückt sei. Dies scheint mir ein durch nichts gerechtfertigtes Gerücht zu sein. Das Gegenteil ist der Fall. Kontinuität bei imperialen Fantasien und Ansprüchen von damals bis heute bringt es wohl eher auf den Punkt.

Die Zustimmung von SPD und Grünen zu praktisch allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr und die deutschen Rüstungsexporte machen es zunehmend schwieriger, die Lösung internationaler Probleme mit aller Priorität in Verhandlungen zu suchen. Das wäre eine herausragende Aufgabe für die deutsche Außenpolitik und eine andere, zukunftsgerichtete Definition von Verantwortung.

Manfred Heinzmann,
Mörfelden-Walldorf

Der militärversessene Weg kann verlassen werden

Ihr Bericht lässt mich nicht in Ruhe. Die Verteidigungsministerin stelle „eine gewisse Entwöhnung“ für Militärisches fest. Als überzeugte ÖPNV-Nutzerin erlebe ich extrem häufig aber leider alles andere: Aufdringliche Werbeplakate sollen junge Menschen zu Bundeswehr-Laufbahnen verlocken; anders als bei anderen Werbefeldzügen scheint es jedoch kein Gesetz zu geben, das einen eindeutigen Aufdruck vorschreibe - in der Art: „Schießen ist tödlich“. Aber Gott sei Dank -

und dies schreibe ich jetzt gerade in der ökumenischen Friedensdekade ganz im Wortsinne - bin ich nicht alleine mit meiner Hoffnung, dass in Deutschland gelernt worden ist aus der Verantwortung für zehn Millionen Ermordete und dann 60 Millionen Ermordete der beiden Weltkriege.

Ja, seit fast 40 Jahren wird in der Friedensdekade dieser unvorstellbar vielen Geopferten gedacht und werden Wege aus den Gewaltspiralen gesucht. Verantwortung und Verlässlichkeit weltweit kann Deutschland wirklich übernehmen - aber nicht durch Erhöhung der Militärausgaben oder fortdauernde Erlaubnis der Atomraketen-Stationierung hier um die Ecke oder durch weitere immense Rüstungsexporte. Nein, nur durch auf Friedenslogik basierte Anstrengungen. Solche werden seit Monaten in den Kirchen breit diskutiert und mit dem Konzept „Sicherheit neu denken“ der Öffentlichkeit unterbreitet. Dies endlich schenkt Hoffnungen, dass wir durch Rüstungskonversion und Ausbau der bestehenden Ansätze von Friedensfachkräften zukunftsweisende Wege finden können. Das Töten kann beendet werden, der militärversessene Weg, kann verlassen werden.

Gisa Luu, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/militarisierung

Ein Schrei nach Hilfe

Zu: „Proteste in Hongkong mit unverminderter Härte“, FR-Politik vom 15. November

Hongkong befindet sich schon seit Monaten in kriegsähnlichen Zuständen. Angefangen mit Demonstrationen gegen das Auslieferungsgesetz wird nun auch seit Monaten gegen die Polizeibrutalität, das Wegsehen der Regierung und die Unterdrückung des Hongkonger Volkes demonstriert. Seit Monaten geht die Polizei mit übermäßiger Brutalität nicht nur gegen die Demonstranten, sondern auch gegen Ersthelfer und Journalisten vor, viele von Ihnen verloren sogar schon durch Gummigeschosse ihr Augenlicht. Fast täglich gibt es neue Nachrichten über Schikane der

Polizei gegenüber festgenommenen Demonstranten. Auch gab es in den letzten Monaten übermäßig viele Nachrichten über angebliche Selbstmorde. Stichhaltige Beweise, die von den Bürgern Hongkongs erbracht werden, die gegen einen Selbstmord sprechen, werden von Polizei und Regierung komplett ignoriert. Ebenso die Beweise, dass die chinesische Regierung schon längst ihre Finger im Spiel hat. Polizisten, die nur den Dialekt des Festlandchinas sprechen oder sich in der Stadt nicht auskennen, Schlagstöcke mit dem Emblem der Polizei aus Festlandchina.

Trotzdem dementiert China jeglichen Eingriff in das autonome Gebiet Hongkong. Wie können die Regierungen der anderen Wirtschaftsmächte, die sonst doch so ein hohes Maß Gerechtigkeit empfinden haben, einfach über das ganze Leid, hinwegsehen? Auch bei uns gab es im Bundestag eine Abstimmung, die zum Ergebnis des Nichtstuns führte. Man darf China nicht mit allen Untaten durchkommen lassen, nur weil es uns gerade noch nicht betrifft. Hilferufe der Hongkonger werden einfach ignoriert. Nun schreie ich hier nach Hilfe. Poran Bhuiya, Lonsee